

AIDS: Viele Neuinfektionen

Singapur verzeichnet auch weiterhin eine steigende Zahl von neuen Infektionsfällen bei der Immunschwächekrankheit AIDS. Vermeldete der Stadtstaat 1993 noch etwa 63 neue AIDS-Fälle, so wird diese Zahl im laufenden Jahr bereits auf mehr als 300 veranschlagt. Das Gesundheitsministerium erwartet eine Verdoppelung bei den Neuinfektionen alle drei bis vier Jahre und sieht in der Entwicklung erste Anzeichen für den Ausbruch einer AIDS-Epidemie. Zu den wichtigsten Risikogruppen gehören auch weiterhin Homosexuelle und Kunden von Prostituierten. In beiden Gruppen waren besonders hohe Raten bei Neuinfektionen zu verzeichnen.

Schätzungen der Weltgesundheitsbehörde (WHO) gehen derzeit von etwa 4.000 Fällen von AIDS in Singapur aus, eine Zahl, die noch einmal deutlich über jenen circa 2.200 Fällen liegt, die bisher in den Statistiken der Regierung verzeichnet waren. Gelingt es nicht, die Rate der Neuinfektionen zu senken, so ist bis 2010 ein weiterer Anstieg der HIV-Infektionen auf mehr als 15.000 zu erwarten, so Singapurs Gesundheitsminister Balaji Sadasivan. Zugleich warf der Minister einer lokalen NGO vor, nicht genug zur Aufklärung der Bevölkerung über »sicheren« Sex zu tun. Eigene Kampagnen, etwa für die Benutzung von Kondomen, lehnte die Regierung unter Hinweis auf die eher konservative Sexualmoral der Bevölkerung ab.

Als Reaktion auf die weiterhin steigende Zahl von Neuinfektionen führen Krankenhäuser und praktizierende Ärzte seit Anfang Dezember 2004 routinemäßig Aidstest bei schwangeren Frauen durch, um so das Risiko von Infektionen bei Neugeborenen zu senken, wie der amtierende Gesundheitsminister auf einem Aids-Seminar bekannt gab.

vgl. AFP, Singapur, 19.09.2004;
11.11., 14.11.2004

Streit über Lohn für Maids

Singapurs Regierung hat darauf hingewiesen, dass ausländische Botschaften nicht das Recht haben, Mindestlöhne für in Singapur beschäftigte Domestic Servants festzusetzen. Die Regierung reagiert damit auf die Forderung der indonesischen Vertretung, die Löhne der aus Indonesien stammenden jungen Frauen anzuheben.

Hintergrund der Forderung der indonesischen Botschaft ist die Umsetzung einer Richtlinie der Regierung Singapurs, nach der die in dem Stadtstaat beschäftigten Maids ab Anfang

2005 nicht jünger als 23 Jahre sein dürfen und einen mindestens achtjährigen Schulbesuch in ihrer Heimat nachweisen müssen. Indonesiens Vertretung verlangt für die etwa 55.000 in Singapur arbeitenden indonesischen Frauen im Gegenzug eine Erhöhung der Löhne von derzeit circa 230 Singapur-Dollar auf 280 Singapur-Dollar. Singapurs Regierung lehnt jedoch Mindestlöhne für ausländische Arbeitskräfte generell ab.

vgl. AFP, Singapur, 24.12.2004

AI fordert Ende der Hinrichtungen

Amnesty International (ai) hat einmal mehr auf die hohe Zahl der Hinrichtungen in Singapur hingewiesen und angesichts der weiterhin ungenügenden Informationspolitik der Regierung ein Moratorium und die Umwandlung der bestehenden Todesstrafen in lebenslängliche Haftstrafen gefordert. Der Stadtstaat weist mit nahezu 400 Hinrichtungen seit 1991 die weltweite höchste Rate an vollstreckten Todesurteilen auf.

Nach Angaben von ai wurden in Singapur seit 1991 jährlich durchschnittlich 32 Todesurteile vollstreckt, von denen die Mehrzahl wegen Dro-

gendelikten verhängt worden war. Allerdings liegen aufgrund der nur unzureichenden Informationspolitik der Regierung nur wenige konkrete Angaben zu dieser Problematik vor. ai vermutet, dass vor allem Ausländer und sozial benachteiligte Personengruppen von Todesstrafen und Hinrichtungen betroffen sind und fordert daher die unverzügliche Einstellung dieser Praxis und die Umwandlung der Strafen in langjährige Haftstrafen.

vgl. Reuters, Singapur, 18.10.,
24.10.2004

Bilateraler Streit beigelegt

Im Januar 2005 haben die Regierungen Malaysias und Singapurs eine Vereinbarung unterzeichnet, die einen Schlussstrich unter einen mehr als eineinhalb Jahre andauernden Streit über Singapurs Landgewinnungsprojekte in der Johor Straits setzen soll. Die Schlichtung des Konflikts wird von Beobachtern auch als Beginn einer neuen Ära der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten gewertet, nachdem in beiden Ländern im letzten Jahr ein Führungswechsel an der Spitze der Regierung stattgefunden hat.

Malaysia hatte den Streit mit seinem südlichen Nachbarn im September 2003 vor den internationalen Seegerichtshof in Hamburg zur Verhandlung gebracht, nachdem Singapur ohne Konsultation des Nachbarn mit umfangreichen Landgewinnungsprojekten in der Johor Straits begonnen hatte. In der nun geschlossenen Vereinbarung erkennen beide Seiten die Straits als wichtige Wasserstrasse ebenso an, wie deren Bedeutung in ökologischer Hinsicht.

vgl. Reuters (Kuala Lumpur),
14.1.2005

nachrichten

Illegaler Holzhandel

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace beschuldigt ein Unternehmen aus Singapur der illegalen Abholzung von Wäldern in der Provinz Yunnan im Südwesten Chinas. Nach Angaben der Organisation verstößt *Asia Pulp and Paper Co Ltd* (APP) damit gegen bestehende Bestimmungen und betreibt zugleich eine massive Vernichtung der natürlichen Waldressourcen in der Region. An Stelle der abgeholzten Waldbestände entstehen Eukalyptus-Plantagen. Obwohl Greenpeace China im Dezember 2004 weiteres Video- und Fotomaterial vorlegte, um die illegalen Rodungsaktivitäten von APP in Yunnan zu belegen, verweigert das Unternehmen bisher noch jeden Kommentar zu den Vorwürfen der Umweltschutzorganisation. APP war bisher bekannt für seine Beteiligung an der großflächigen Abholzung indonesischer Regenwälder.

APP soll nach Angaben von Greenpeace ohne entsprechende Erlaubnis große Flächen tropischen Regenwaldes in Yunnan geschlagen und damit gegen die Bestimmungen der lokalen und nationalen Forstbehörden verstoßen haben. Greenpeace verweist zugleich darauf, dass die Konzession des Unternehmens ohne Absprache mit der lokalen Bevölkerung erteilt wurde, die auch bisher nicht von den Konzessionszahlungen profitierte. Für ihre Aktivitäten in der Provinz hat das Unternehmen darüber hinaus Kredite in Höhe von umgerechnet circa 1,6 Milliarden US-Dollar von Chinas Staatsbanken erhalten.

vgl. AFP, 16.11., 16.12.2004